

## Zusammenfassung

### HUNGER NACH GERECHTIGKEIT – VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT IN VENEZUELA

Bereits seit einigen Jahren erlebt Venezuela eine schwere Menschenrechtskrise. Die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen im Land sind stark eingeschränkt. Dies zeigt sich u. a. an der unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, der mangelhaften Gesundheitsfürsorge und dem Einsatz von Gewalt und politischer Repression seitens der Regierung. In der Folge sind seit 2015 mindestens 3,4 Millionen Menschen (Stand Februar 2019, bis Oktober 2019 bereits etwa 4,3 Millionen) aus dem Land geflohen.

Die Bevölkerung macht ihrem Unmut in dieser schwierigen Lage mit Protesten Luft. Seit 2014 kommt es immer wieder zu Massendemonstrationen und vereinzelt auch zu spontanen Einzelprotesten, auf denen die Venezolaner\_innen ihre Rechte einfordern.

Im Februar 2014 begannen die ersten Massendemonstrationen, als die Menschen im Land sowohl für als auch gegen die Regierung von Nicolás Maduro protestierten, der ein Jahr zuvor an die Macht gekommen war. In den ersten Monaten der Proteste dokumentierte Amnesty International unverhältnismäßige Gewaltanwendung sowie Folter und politisch motivierte willkürliche Inhaftierungen. Darüber hinaus wurde abfällige Sprache gebraucht, um regierungskritische Protestierende zu stigmatisieren. Im Rahmen dieser Proteste wurden 43 Personen getötet, darunter auch zehn Staatsbedienstete. Ein Jahr später kritisierte Amnesty International das hohe Maß an Straflosigkeit bezüglich begangener Menschenrechtsverletzungen.

Von April bis Juli 2017 brachen erneut Konflikte aus, bei denen mehr als 120 Menschen getötet wurden. Verantwortlich für die Tötungen waren hauptsächlich Sicherheitskräfte und Angehörige bewaffneter regierungstreuer Milizen (Colectivos). Mindestens 1.958 Personen wurden verletzt, als staatliche Kräfte systematisch und großflächig mit unverhältnismäßiger und oftmals vorsätzlich tödlicher Gewalt gegen Protestierende vorgehen. Darüber hinaus wurden nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte mehr als 5.000 Menschen in Gewahrsam genommen. Soweit Amnesty International bekannt, ist nach den Demonstrationen in lediglich einem Tötungsfall ein Verfahren gegen einen Angehörigen der Nationalgarde (Guardia Nacional Bolivariana – GNB) eingeleitet worden. Im Jahr 2018 kam es zwar nicht zu großen Massenprotesten, es fanden jedoch im ganzen Land so viele Einzelproteste statt wie nie zuvor (insgesamt mehr als 12.000). Hierbei ging es um wirtschaftliche und soziale Rechte vor dem Hintergrund eines rasant sinkenden Lebensstandards.

Schließlich gingen Anfang 2019 Tausende Menschen auf die Straße und forderten einen Regierungswechsel. Den gesamten Januar über gingen Berichte über zahlreiche Demonstrationen ein, viele von ihnen in einkommensschwachen Gegenden, in denen Unzufriedenheit mit der Politik zuvor kein allzu großes Thema gewesen war. Vom 21. bis 25. Januar 2019 starben bei den Protesten in

zwölf venezolanischen Bundesstaaten mindestens 47 Personen an Schussverletzungen. Berichten zufolge wurden wenigstens 39 von ihnen auf Demonstrationen von Sicherheitskräften (33) oder regierungstreuen Dritten (6) getötet. Elf Menschen sollen außergerichtlich hingerichtet worden sein, 24 Personen starben in Verbindung mit den Demonstrationen und elf weitere wurden Berichten zufolge bei Plünderungsaktivitäten getötet. Laut Medienberichten wurde bei den Protesten auch ein Angehöriger der Sicherheitskräfte getötet.

Vom 21. bis 25. Januar wurden in praktisch jedem Bundesstaat mehr als 900 Menschen willkürlich festgenommen. Geschätzt 770 dieser Festnahmen fanden allein am 23. Januar statt, dem Tag, an dem im ganzen Land Demonstrationen abgehalten wurden. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Minderjährige.

Amnesty International dokumentiert seit 2014 die von der Regierung unter Nicolás Maduro ergriffenen und politisch motivierten repressiven Maßnahmen. In diesem Zusammenhang hielt sich vom 31. Januar bis 17. Februar 2019 eine Amnesty-Delegation in Venezuela auf, um mutmaßliche völkerrechtliche Verbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die in Verbindung mit den Protesten begangen wurden. Allein in diesem Zeitraum dokumentierte die Organisation sechs außergerichtliche Hinrichtungen, drei Fälle unverhältnismäßiger Gewaltanwendung und sechs willkürliche Inhaftierungen. Viele dieser Menschenrechtsverstöße wurden vertuscht und nicht untersucht. Die in dem Bericht *Hunger for Justice/Hambre de Justicia* vorgestellten 15 Fälle stehen beispielhaft für ein Schema möglicher Menschenrechtsverletzungen, die im Januar 2019 begangen wurden. Die in verschiedenen Landesteilen dokumentierten außergerichtlichen Hinrichtungen verdeutlichen ein wiederkehrendes Muster. In allen Fällen handelt es sich bei den Betroffenen um junge Männer, die Regierungskritiker waren oder von der Regierung als solche betrachtet wurden. Sie kamen alle aus einkommensschwachen Gegenden und ihre Beteiligung an den Protesten bzw. ihre Kritik an der Regierung war in den Sozialen Medien sichtbar gewesen. Das heißt, dass diese Männer ganz gezielt ins Visier genommen wurden.

Sie alle starben durch Schüsse in die Brust, und die Hinrichtungen erfolgten stets im Gewahrsam der Behörden. Einige der Männer wurden zuvor gefoltert. Nach den Hinrichtungen stellten die Behörden die Männer als Kriminelle dar, die in Zusammenstößen gestorben waren, und leiteten strafrechtliche Untersuchungen wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ („resistencia a la autoridad“) gegen sie ein. In allen sechs Fällen machte man sich sowohl am Tatort als auch an den Leichen zu schaffen, um den Vorfall zu vertuschen. Für die Hinrichtungen war die Nationalpolizei PNB (Policía Nacional Bolivariana) verantwortlich, vornehmlich Angehörige der Spezialeinheit FAES (Fuerza de Acciones Especiales).

Was den Einsatz von Gewalt angeht, so haben Recherchen von Amnesty International bestätigt, dass unverhältnismäßige und unnötige tödliche Gewalt gegen Demonstrierende angewendet wurde. In den von Amnesty dokumentierten Fällen waren Angehörige der Nationalpolizei PNB und der Nationalgarde GNB für die Tötungen verantwortlich. So wurde Alixon Pisani auf einer

Protestveranstaltung in Catia (Caracas) durch einen Schuss in die Brust getötet, als ein Angehöriger der PNB von einem Motorrad aus unterschiedslos Schüsse in die Menge abgab. Augenzeugenberichten zufolge hatten die Demonstrierenden die Straße mit brennenden Gegenständen blockiert und waren unbewaffnet. Einige wenige Demonstrierende warfen Molotow-Cocktails und Steine in Richtung der Sicherheitskräfte.

Die Festnahmen zeigen, dass die Behörden systematisch auf willkürliche Masseninhaftierung zurückgreifen und die Gefangenen dann misshandeln, um sie für ihre Teilnahme an den Protesten zu bestrafen. Amnesty-Vertreter\_innen fanden zudem heraus, dass rechtliche Garantien nicht eingehalten wurden und das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit nicht vollständig gewährleistet war.

So sind vier Teenager, die im Bundesstaat Yaracuy festgenommen wurden, nicht innerhalb der rechtlich vorgeschriebenen Frist einer\_einem Richter\_in vorgeführt worden. Sie wurden mehrere Tage festgehalten, obwohl keine ausreichenden Beweise vorlagen, um ihre Inhaftierung zu rechtfertigen. Einige Tage später beschwerte sich die zuständige Richterin in den Sozialen Medien, dass die Entscheidung die Minderjährigen festzuhalten, getroffen worden sei, weil es Druck und Morddrohungen aus Regierungskreisen gegeben habe.

Laut Angaben der Familien und der Rechtsbeistände waren in keinem der dokumentierten Fälle von Verstößen gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit die offiziellen Ermittlungen unparteiisch oder umfassend. Zudem erhielten die Familien nur eingeschränkte Informationen über ihre Angehörigen. Mehrere Familienangehörige wurden außerdem von Behördenvertreter\_innen drangsaliert, weil ihre Verwandten an den Protesten beteiligt waren.

Analysen dieser Verstöße zeigen, dass im Januar 2019 durchgängig in allen Bundesstaaten zahlreiche Gewalttaten von Sicherheitskräften begangen wurden und es dabei in erheblichem Ausmaß Absprachen auf Bundes- und bundesstaatlicher Ebene gab.

Diese Angriffe wurden zumindest geduldet – auf höchster Behördenebene, bis hin zu Nicolás Maduro selbst. Die Recherchen von Amnesty International zeigen, dass diese Menschenrechtsverletzungen nicht zufällig passierten, sondern Teil eines zuvor geplanten Angriffs auf eine bestimmte Gruppe der Zivilbevölkerung war: Regierungskritiker\_innen oder Personen, die als regierungskritisch gelten, die von den Angreifer\_innen in einigen Fällen gezielt ins Visier genommen wurden. Da diese Vorfälle öffentlich bekannt waren, ist davon auszugehen, dass die Behörden bis zur höchsten Ebene wussten, was vor sich ging.

Die Verstöße wurden im Januar 2019 begangen, die meisten davon zwischen dem 21. und 25. Januar. Es ist offensichtlich, dass in dieser Zeit keine notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der Gewalt getroffen wurden. Vielmehr wurden in dieser Zeit auf höchster Regierungsebene Unterstützung für die Sicherheitskräfte zum Ausdruck gebracht, Demonstrierende stigmatisiert, die den Protesten zugrundeliegenden Faktoren bestritten und die Opfer ignoriert. Laut den Amnesty vorliegenden Informationen wurden offenbar keine sofortigen, umfassenden und unparteiischen Ermittlungen eingeleitet, um die Ursachen der Verstöße und die Verantwortlichen auf allen Entscheidungsebenen zu ermitteln.

Die zahlreichen dokumentierten Gewalttaten weisen auf systematische und weitverbreitete Angriffe hin, die in einigen Fällen gezielt, in anderen wahllos verübt wurden und von der Regierung unter Nicolás Maduro eingesetzt wurden, um kritische Stimmen oder vermeintliche Gegner\_innen von ihrem Handeln abzuhalten, sie zu schwächen oder in einigen Fällen sogar zu töten.

Amnesty International ist der Ansicht, dass dieses Muster mit dem Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung seit 2014 und insbesondere seit 2017 übereinstimmt. Man kann also mit gutem Grund sagen, dass es sich bei den Vorfällen, die in diesem Bericht und vorherigen Berichten von Amnesty International untersucht wurden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen – als Teil einer Strategie systematischer und weitverbreiteter Angriffe gegen Menschen, die von staatlichen Stellen oder Dritten, die zumindest mit der stillschweigenden Duldung oder Zustimmung der Behörden agieren, als Dissident\_innen betrachtet werden.

Angesichts dieser schweren Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen unter dem Völkerrecht sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, um zu verhindern, dass die Verantwortlichen straffrei ausgehen. Dazu gehört eine Untersuchungskommission unter Aufsicht des UN-Menschenrechtsrats und die Einsetzung des Weltrechtsprinzips durch die Länder, die über die Lage in Venezuela besorgt sind, sowie Ermittlungen durch die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs. Seit 2018 laufen Voruntersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs zu Venezuela.